

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Volksinitiative ist eingereicht

3

136'195 Personen haben die SVP-Initiative unterzeichnet



Staatsverträge vors Volk

4

Die SVP setzt sich für ein JA am 17. Juni 2012 ein



Ich will mitreden
wenns um Milliarden geht.

Familieninitiative

6

Die SVP ist gegen die Verstaatlichung der Familien



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Sicherheit stärken statt Auslandhilfe aufblähen



Die Schweizer Milizarmee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit und Souveränität. Sie hat die Sicherheit von Land und Leuten zu garantieren. Die SVP-Fraktion prüft deshalb mögliche Volksinitiativen gegen die Aufblähung der Auslandhilfe (Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe, Wirtschaftliche Massnahmen, Osthilfe) und für die Stärkung der Landesverteidigung.

Lesen Sie mehr auf Seite 9

„Ich lade Sie alle herzlich ein zum öffentlichen Bildungs-Sonderparteitag nach Ebnet-Kappel im schönen Toggenburg.“



- **Wann:** Samstag, 24. März 2012 von 10.30 Uhr – 14.00 Uhr
- **Wo:** Mehrzweckanlage Schafbüchel, Ebnet-Kappel (SG)

Mehr Infos und Gästekarten:
www.svp.ch oder **031 300 58 58**
oder **gs@svp.ch**



Mit Mut in die Zukunft

Über Jahre hinweg waren wir erfolgsverwöhnt. Uns sind die Wahlerfolge bei den Parlamentswahlen oft richtiggehend zugeflogen. Dank einer konsequenten Politik für Freiheit und Unabhängigkeit, einer eigenständigen Positionierung in der Aussenpolitik, einer konsequenten Asyl- und Ausländerpolitik und wirtschaftsliberalen Grundsätzen stieg die SVP von der viertstärksten zur grössten Schweizer Partei auf. Es gibt keine vergleichbare Entwicklung in der Schweizerischen Parteienlandschaft. Die SVP hat sich als die dominierende politische Kraft etabliert.

Erfolg weckt Neider und Missgunst. Zuviel Erfolg bringt eine Art Selbstregulierung. Folgerichtig kann es nicht immer Zugewinne geben. Jetzt gleich in Katastrophenstimmung auszubrechen, wäre falsch. Beurteilen wir die Entwicklung mit kühlem Kopf. Vor vier Jahren hatten wir ganz ausserordentliche Zeiten. Nach dem nationalen Wahlsieg 2007 und der daraus resultierenden Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat erlebte die SVP eine einzigartige Solidarisierung und Mobilisierung. Die Empörungswelle bescherte uns massive und ausserordentliche Gewinne bei den Parlamentswahlen.

Kurz nach der Abwahl von Christoph Blocher gewannen wir in St. Gallen, Uri und Schwyz massiv. Wir waren uns bewusst, dass eine Wiederholung dieser historischen Ergebnisse schwierig würde. Dies umso mehr, als dass mehrere neue Parteien (St. Gallen und Waadt) und Parteilose (Schwyz) das Spektrum erweiterten. Die Resultate bestätigen diese Prognose.

Starke Stellung in der Zentralschweiz bestätigt

Im Kanton Schwyz gewinnt die SVP mit André Rüeegg ein dritten Sitz in der Regierung. Walter Stählin und Andreas Barraud wurden mit sehr guten Ergebnissen in ihrem Amt bestätigt. Im Schwyzer Parlament konnte die SVP 35 Sitze erringen. Das sind sechs Sitze weniger als 2008, aber noch immer acht Sitze mehr als 2004. Damit hat sich die SVP-Schwyz auch bei kantonalen Wahlen als stärkste Kraft etabliert.

Im Kanton Uri konnte die SVP ihren im Jahr 2010 mit Beat Arnold erstmals errungen Regierungssitz bestätigen. Im Parlament verlor man drei Sitze, nachdem vor vier Jahren die Sitzzahl von 9 auf 18 verdoppelt werden konnte. Damit bleibt die SVP die zweitstärkste Fraktion im Landrat. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die SVP im Kanton Uri erst seit dem Jahr 2000 überhaupt im Landrat vertreten ist.

SVP bleibt mit Abstand stärkste Kraft in der Ostschweiz

Im Thurgau stellt die SVP weiterhin zwei Regierungsräte. Monika Knill und Jakob Stark konnten sich beide über ihre erfolgreiche Wiederwahl freuen. Im Kanton St. Gallen schaffte der bisherige SVP-Vertreter Stefan Kölliker, trotz gewerkschaftlicher Frontalangriffe, die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Dies ist für die junge St. Galler Kantonalpartei ein grosser Erfolg. Mit Michael Götte wird im zweiten Wahlgang gar erstmals ein zweiter Sitz in der Regierung angestrebt. Die SVP bleibt mit Abstand wählerstärkste Partei im Kantonsparlament. Mit neu 35 Sitzen (-6) und einem Wähleranteil von 25,6% liegt die SVP zum zweiten Mal deutlich an der Spitze, während die CVP als zweitstärkste Kraft auf historisch tiefe 20,2% Wähleranteil gefallen ist.

Zugewinne in der Westschweiz

Wie im Kanton Freiburg im vergangenen November, setzte sich auch im Kanton Waadt der positive Trend bei kantonalen Wahlen in der Westschweiz fort. Die SVP konnte ihren Wähleranteil insbesondere in den urbanen Regionen ausbauen und einen Sitz im Parlament dazugewinnen (von 26 auf 27 Sitze). SVP-Staatsratskandidat Claude-Alain Voiblet erreichte ein ausgezeichnetes Ergebnis und wird am 1. April zum zweiten Wahlgang antreten.

Hart arbeiten und thematisch aufrüsten

In den nächsten Monaten und Jahren ist von der SVP harte und solide Arbeit gefragt. Wir sind politisch gefordert. Die SVP hat darum ihre Volksinitiative „gegen die Masseneinwanderung“ bereits eingereicht. Zur Behebung der ungelösten Probleme im Asylwesen haben wir 40 Anträge und mehrere dringliche Vorstösse zuhanden der laufenden Gesetzesrevision eingebracht. Die notwendige Volksinitiative zur Durchsetzung des von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsartikels in der Bundesverfassung liegt bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung. Am nächsten Samstag wird die SVP mit einem themenorientierten Parteitag zudem einen weiteren Akzent in der Bildungspolitik setzen. Wir werden unsere eigenen Lösungsvorschläge in verschiedensten Politikbereichen von der Raumplanung bis hin zur Sozialpolitik gründlich überarbeiten.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Masseneinwanderung muss gestoppt werden

Die SVP hat am 14. Februar die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ eingereicht. Die Initiative, die von 136'195 Personen in nur sieben Monaten unterschrieben worden ist, verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuern und damit kontrollieren kann. Immer mehr Menschen strömen in unser Land mit gravierenden Folgen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Lohnentwicklung, Mieten, Bodenpreise, Verbauung der Landschaft, Verkehrswege, Energie, Umwelt, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke. Hauptgründe für diese Entwicklung sind insbesondere die Einwanderung aus der EU, der Familiennachzug, die offenen Grenzen und verschleppte Probleme im Asylwesen.



136'195 Personen haben die Volksinitiative unterzeichnet. Dass die Initiative in sieben Monaten zustande gekommen ist, zeigt, dass die Bevölkerung in der Migrationspolitik Lösungen sehen will.



2011 machte die SVP mit Plakaten auf die Gefahren der unkontrollierten Zuwanderung aufmerksam. Zahlreiche Schweizer reagierten und unterschrieben die Volksinitiative.



Nebst den Nationalräten Adrian Amstutz und Toni Brunner sowie Mitgliedern des Initiativkomitees sind auch Vertreter der Jungen SVP bei der Einreichung der Initiative dabei.



Punkt 14.00 Uhr öffnen sich die Türen der Bundeskanzlei und die Anwesenden bilden eine Menschenkette, um die 136'195 gesammelten Unterschriften der Bundeskanzlei zu überreichen.

4 Staatsverträge vors Volks

Wem „gehört“ die Aussen

Am 8. August 2009 hat die überparteiliche Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) die eidgenössische Volksinitiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)“ eingereicht. Die Initiative will die direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Aussenpolitik ausbauen. Das Parlament lehnt die Initiative ab und sagt Nein zu mehr Demokratie. Mit einem Ja am 17. Juni 2012 kann Bundesbern wieder auf den demokratischen Weg geführt werden. *Von Pirmin Schwander*

Gegen Mitsprache
Die Mehrheit im National- und Ständerat und der Bundesrat waren sich nach Einreichung der Volksinitiative „Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)“ durch die AUNS sehr schnell einig, dass man sich gemeinsam gegen die drohende Mitsprache des Souveräns in aussenpolitischen Fragen wehren müsse. Das ist nichts anderes als ein eklatantes Misstrauensvotum gegenüber Volk und Kantonen,

und 16. Jahrhundert sämtliche Verträge und Bündnisse durch das Volk genehmigen. Die Bundesverfassungen von 1848 und 1874 kannten das Staatsvertragsreferendum noch nicht. Die Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum wurde erstmals 1921 in der Verfassung verankert.

1977 wurde das fakultative Referendum ausgedehnt auf Staatsverträge, die den Beitritt zu einer internationalen Organisation vorsehen oder die

eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung herbeiführen. Neu eingeführt wurde auch ein obligatorisches Referendum für den Beitritt zu supranationalen Gemeinschaften oder zu Organisationen der kollektiven Sicherheit. Und seit 2003 steht in der Bundesverfassung (Artikel 141):

„Verlangen es 50'000 Stimmberechtigte oder acht Kantone, so werden dem Volk zur Abstimmung vorgelegt: Völkerrechtliche Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert.“ Diese Form des Staatsvertragsreferendums genügt aber den aussenpolitischen

Herausforderungen nicht mehr.

Aussenpolitik ist Innenpolitik

Die wiederholten Versuche während der letzten dreissig Jahre, die demokratische Legitimität der Aussenpolitik zu erhöhen und die Mitwirkung von Volk und Kantonen zu verbessern, waren insgesamt von einem grossen Unbehagen in Bern begleitet. Das hat sich bis heute nicht geändert. Deshalb ist per Blankovollmacht heute die Aussenpolitik weitestgehend an „Bern“ delegiert. Aber mehr denn je ist heute Aussenpolitik vor allem auch Innenpolitik. Deren Folgen sind von der Bevölkerung der Schweiz zusammen mit den Kantonen zu tragen.

Folgerecht untergräbt die Souveränität

Weil der Bundesrat internationale Verhandlungen vorantreibt und vor allem mit der EU mehr und mehr Staatsverträge abschliesst, führt dies zur Übernahme fremden Rechts und auch Folgerechts. Das Problem betrifft Doppelbesteuerungsabkommen, Freihandelsabkommen, IWF-Kredite, Erweiterungen der Personenfreizügigkeit auf neue EU-Mitglieder usw. Ob das Volk und die Kantone dies wollen, das bedarf der grundsätzlichen politischen Klärung, und diese kann nur durch Referendumsabstimmungen herbeigeführt werden. Andernfalls wird der Volkswille ausgeschaltet, die Unabhängigkeit der Schweiz und die direkte Demokratie werden ausgehebelt.

Schweiz wird zum Selbstbedienungsladen

Am WEF 2012 in Davos forderte



Nationalrat Pirmin Schwander, AUNS-Präsident, anlässlich seiner Rede an der Generalversammlung 2011: „Wir haben die Chance, unsere Freiheiten zu stärken.“

denen die AUNS-Initiative mit dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum eine solide Basis für die dauernde Mitsprache und Mitentscheidung in zentralen Angelegenheiten der Aussenpolitik verschaffen will.

Demokratische Willensbildung gehört zur Schweizer Identität

„Die alten Eidgenossen“ liessen im 15.

politik?

IWF-Chefin Christine Lagarde von der Schweiz weitere Zahlungen für die Euro-Stabilisierung. Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf bezeichnete die Forderungen als nachvollziehbar. Das Beispiel zeigt die Bedeutung der Abstimmung vom 17. Juni 2012. Das Volk, welches das Geld für die Bundeskasse verdienen muss, muss endlich in der Aussenpolitik mitentscheiden können. Mehr und mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben es satt, ständig vom Ausland erpresst zu werden, ständig bezahlen zu müssen und sich ständig von einer schwachen Landesregierung in Bern vorführen zu lassen.

Schengen vorbei geschmuggelt

Schengen/Dublin verpflichtet die Schweiz zur Übernahme fremden EU-Rechts und Folgerecht. Dadurch erreicht das Schengen/Dublin-Abkommen Verfassungsrang. Trotzdem wurde die Unterstellung unter das obligatorische Referendum verneint. Und so wurde Schengen am Ständemehr vorbei geschmuggelt. Denn die Vorlage wäre an der fehlenden Mehrheit der Kantone gescheitert. Das Beispiel Schengen zeigt die fast unbegrenzten Möglichkeiten von Bundesrat und Bundesverwaltung, mit dem „Blankoscheck“ des Souveräns im Brüsseler

„Gesetzgebungs-Supermarkt“ einzukaufen: Seit der Unterzeichnung des Schengen-Abkommens vom 26. Oktober 2004 musste die Schweiz über 120 neue Rechtsanpassungen vornehmen.

Sinnvoller, logischer und nötiger Ausbau

Die Initiative will dem schleichenden Beitritt zur EU und zu andern internationalen Machtgebilden entgegenwirken, indem alle Staatsverträge zwingend dem Akzeptanztest einer obligatorischen Referendumsabstimmung mit doppeltem Mehr (Volk und Kantone) zu unterstellen sind.

Die neue Herausforderung besteht darin, den sich abzeichnenden Kampf um die Unabhängigkeit der Schweiz zusammen mit dem Volk zu führen. Die Fragen bezüglich der künftigen Übernahme von EU-Recht, dessen Auslegung, Überwachung und die damit zusammenhängende Rechtsprechung sind von grundlegender Bedeutung für die Schweiz und deren Souveränität.

Ich will mitreden wenns um Milliarden geht.

Darum Ja
17. Juni 2012
«Staatsverträge vors Volk»

Wenn sich die europäische Bevölkerung zu den Entscheidungen der EU äussern könnte, würden sich viele die Unabhängigkeit ihres Landes zurückwünschen.

Freiheit

Am 17. Juni 2012 geht es um unsere Freiheit. Wir haben die Chance, mit einem Ja zur AUNS-Initiative unsere politischen Freiheitsrechte zu stärken. Der Diplomat und Politologe Johannes B. Kunz schreibt in seinem Buch „Der letzte Souverän und das Ende der Freiheit“: „Es gibt keine überzeugende Erklärung dafür, warum ein demokratischer Souverän nicht in der Lage sein sollte, die Regeln seines Einbezugs in das internationale System zu bestimmen. Die Anmassung der Eliten, allein dazu in der Lage zu sein, mindert nicht nur den Wohlstand der Menschen, sondern ist zuallererst eine Aushebelung des Souveräns und damit eine grosse Gefahr für die Freiheit.“

Wortlaut der Initiative

Die Bundesverfassung wird mit Art. 140 Abs. 1 BV wie folgt ergänzt:

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

- die völkerrechtlichen Verträge, die:

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen,
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen,
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen,
4. neue einmalige Ausgaben von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.

6 Familienpolitik

NEIN zu Staatskindern – JA zur Familieninitiative

Der Staat und die Mitte-Links-Parteien verstaatlichen unsere Familien immer mehr. Anträge der SVP gegen diese Entwicklung finden von den anderen Parteien keine Unterstützung. Die SVP ist überzeugt, dass dies für unsere Zukunft, die Gesellschaft und vor allem unsere Kinder und Familien schädlich ist. Darum hat sie die Familieninitiative lanciert, damit das Volk entscheiden kann: Staatskinder oder gestärkte, eigenverantwortliche und selbständige Kinder.



von Nationalrätin Nadja Pieren, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Burgdorf (BE)

Das Parlament macht, was die Regierung will. Für die SVP zählt aber der Volkswille. Die aktuelle Familienpolitik zeigt uns wieder einmal deutlich, dass die Linken und weite Kreise der Mitte keine freien und eigenverantwortlichen Bürger wollen und über das Volk hinweg politisieren.

In der Herbstsession 2009 hat der Nationalrat entschieden, dass Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, die dafür entstandenen Kosten bis zur Höhe von Fr. 10'000.-- vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Ein Antrag der SVP, dass auch Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, ein mindestens gleich hoher Steuerabzug zu gewähren ist, wurde im Nationalrat abgelehnt. Das ist ein klares Signal der Mitte-Links-Parteien, dass sie Familie und Erziehung verstaatlichen wollen. In der Frühlingssession 2012 haben wir im Nationalrat erneut über die Familienpolitik diskutiert. Es wurde einer Verfassungsänderung für eine umfassende Familienpolitik zugestimmt. Hier geht es primär darum, dass der Staat die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern muss. Auch hier stellen wir noch einmal den Antrag, dass

auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, ein Steuerabzug gewährt wird – Ergebnis: Unser Antrag wurde auch vom neuen Parlament deutlich abgelehnt. Um so wichtiger ist es, dass die Familieninitiative dank breiter Unterstützung der Bevölkerung am 12. Juli 2011 eingereicht werden konnte. Diese fordert: „Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.“

Teilzeitarbeit für Frauen

Ich bin Gründerin und Leiterin einer privaten Kindertagesstätte (Kita) und ich stehe voll und ganz hinter der Möglichkeit der familienergänzenden Kinderbetreuung. Wenn sich eine Frau entscheidet, während 2-3 Tagen pro Woche trotz Kindern zu arbeiten, ist das nicht verwerflich. Nein: ich finde es gut, wenn eine Frau heute die Möglichkeit hat, neben dem Familienleben auch einer Teilzeitarbeit nachzugehen. Und ich finde es gut, wenn junge Eltern, welche ihr Kind in eine Kita bringen, einen Teil dieser Kosten den Steuern abziehen können.

Auf ein zweites Einkommen verzichten?

Kindererziehung ist eine sehr wichtige Aufgabe und wenn sich eine Frau entscheidet, einen 100%-Job als „Mami“ auszuüben, habe ich dafür die grösste Hochachtung. Die Familien verzichten

auf ein zweites Einkommen und die Frauen nehmen bewusst in Kauf, dass sie später unter Umständen Mühe haben, wieder ins Berufsleben einzusteigen. Sie nehmen auch in Kauf, sich gegen den aktuellen Trend zu stellen, dass heute alle Frauen auswärts arbeiten „müssen“. Sie widersetzen sich einer Politik, welche ihnen Unterstützung verweigert, weil sie sich selber um ihre Kinder kümmern. Was aber eine Mutter und Hausfrau leistet und worauf sie für diesen „Beruf“ verzichtet, von dem spricht niemand.



Am 7. Juli 2011 wurde die Familieninitiative im Beisein dutzender Familien bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Der steuerliche Abzug für Familien, welche ihre Kinder fremdbetreuen lassen, ist beschlossene Sache. **Indem Sie einen Steuerabzug für ALLE Familien mit Kindern fordert, will die SVP auch jene Familie stärken, welche sich der Aufgabe der Kinderbetreuung selber stellen. Die SVP wehrt sich dagegen, dass gezielt nur jene Familienmodelle durch den Staat gefördert werden, welche die Kinderbetreuung an Dritte delegieren.**

Nun gilt es, die zweite Chance zu nutzen

Die Initiative der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens wurde vom Schweizer Volk abgelehnt. Der knappe Ausgang weist jedoch darauf hin, dass die Förderung von Wohneigentum breite Sympathien im Volk genießt. Dies ist als gute Voraussetzung für die moderatere Bausparvariante „Eigene vier Wände dank Bausparen“, die am 17. Juni 2012 zur Abstimmung gelangt, zu werten.



von Nationalrat Hansjörg Knecht,
Leibstadt (AG)

Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung träumt von Wohneigentum. So wünschen sich rund drei Viertel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. **Am 17. Juni ergibt sich nun die Chance, das Bausparmodell auf moderater Basis einzuführen, denn dann gelangt die Initiative des Hauseigentümergebietes (HEV) „Eigene vier Wände dank Bausparen“ zur Abstimmung. Dabei fallen die Abzüge gemässiger aus als bei der kürzlich abgelehnten Initiative.**

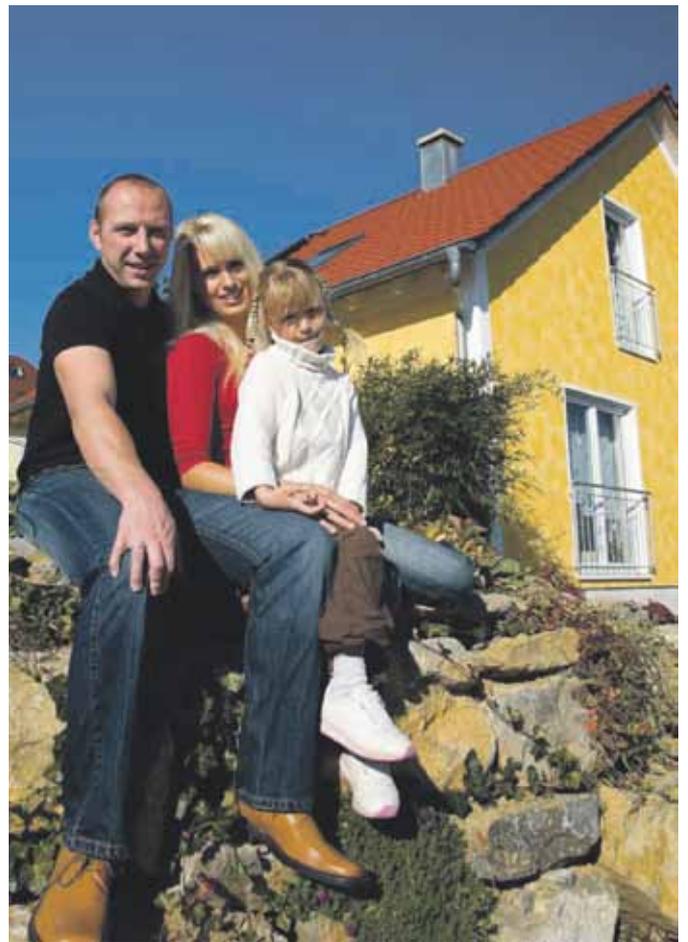
Zusätzliche steuerliche Entlastungen für Investitionen in Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen sind nicht vorgesehen. Auch die Anforderungen der Steuerharmonisierung sind bei der Bausparvariante des HEV Schweiz erfüllt. Für den Schweizer Mittelstand wäre eine Annahme ein sehr positives Signal. Denn trotz einer mittlerweile vierzigjährigen Verfassungsbestimmung gibt es in der Schweiz nach wie vor keine reale Förderung von Wohneigentum. Die Initiative setzt deshalb in idealer Weise diese in der Bundesverfassung verankerte Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum um. Während zehn Jahren sollen die Bau-

spargelder und die aufgelaufenen Zinsen von der Einkommens- und Vermögenssteuer befreit werden.

Der Bundesrat lehnt zwar die Bauspar-Initiative ab und begründet dies damit, dass bereits die Möglichkeit für Vorbezüge bei den Säulen 2 und 3a bestünden. Solche Vorbezüge reduzieren jedoch die Vorsorge im Alter wesentlich. Die Förderung des Wohneigentums und die Altersvorsorge dürfen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden, da sie zwei selbstständige Verfassungsaufträge sind.

Die Erfahrungen mit dem Bausparen in Nachbarländern und dem Kanton Baselland haben gezeigt, wie erfolgreich und wirkungsvoll Bausparen ist. Gerade die in 20 Jahren Bausparen gemachten Erfahrungen im Kanton Basel-Landschaft zeigen, dass Bausparen primär den mittleren Einkommen zugutekommt. Die meisten Haushalte mit hohem Einkommen haben bereits ein Eigenheim erworben und profitieren damit nicht vom Bausparen.

Die Initiative ist also kein Geschenk an die Reichen, sondern ermöglicht vor allem jüngeren Mieterinnen und



Bausparen fördert den Erwerb von Wohneigentum. Viele Schweizer Familien wären daher in der Lage, ein Eigenheim zu erwerben.

Mietern, innert zehn Jahren genügend Geld für den Erwerb eines Eigenheims anzusparen. Das Bausparen ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Initiative generiert in den mit dem Wohnungsbau verbundenen Branchen eine höhere Wertschöpfung, kurbelt die Konjunktur an und sichert Arbeitsplätze. Diese zusätzlichen wirtschaftlichen Aktivitäten verhelfen dem Staat mit einer Verzögerung von einigen Jahren zu steuerlichen Einnahmen.

OKI

Profitieren Sie bis am 27.3.2012 beim Kauf eines OKI Business Druckers von einer **Cash-Back** Prämie und einer **Trade-In** Prämie von total bis zu CHF 150.-.



Sie drucken - Sie kopieren - Wir optimieren
OCoTex 041 799 50 00 info@ocotex.ch

brother



HL-5340D
Professioneller Monolaser mit Duplexdruck



MFC-8880DN
Professioneller 4-in-1 Monolaser druckt, kopiert, scannt und faxt mit Duplexfunktion



HL-5350DNLT
Professioneller Netzwerk-Monolaser mit Duplexdruck und 800 Blatt Papierkapazität dank zweitem Papierschacht



Gültig bis 31.03.2012 + 6 weitere Drucker

Sie drucken - Sie kopieren - Wir optimieren
OCoTex 041 799 50 00 info@ocotex.ch

Hochleistungsdrucker **LEXMARK T652dn**



48 Seiten/Min.
32 Seiten/Min. Duplex
2400 dpi IQ-Bildqualität
4-zeiliges LCD-Display
netzwerkfähig
550-Blatt-Kassette
100 Blatt Stapel-Einzug
opt. 5 Kassetten à 550 Blatt
opt. Kassette à 2000 Blatt
1 Jahr Onsite-Garantie

Fr. 1860.00 exkl. MWST.

Wir schenken das Verbrauchsmaterial für max. 100'000 Kopien innert 3 Jahren!

Zusätzlich Kopien 1,4 Rp.

Sie drucken - Sie kopieren - Wir optimieren
OCoTex 041 799 50 00 info@ocotex.ch

Gratis die Bündner Nusstorte



von der Hausbäckerei Doris
(für Kenner die beste Nusstorte überhaupt)

wenn Sie sich jetzt Gedanken machen zur Optimierung Ihrer Drucker / Kopierer und unsere Checkliste ausfüllen. Gratis-Analyse für SVPLer ohne jede Verpflichtung.

Ihr Sparpotenzial ist grösser als Sie denken!

Sie drucken - Sie kopieren - Wir optimieren
OCoTex 041 799 50 00 info@ocotex.ch

Die Armee als Zielscheibe in der Budgetdebatte

Am 29. September 2011 hat die Parlamentsmehrheit einem grundsätzlichen Armeebudget von 5 Milliarden Franken jährlich zugestimmt. Im vergangenen Jahr betrug das Budget noch 4.4 Milliarden Franken, nach dem die Ausgaben für die Landesverteidigung über Jahre massiv zurückgestutzt wurden (-20% seit 1990). Dennoch bleibt die Frage, wie die jährlich fünf Milliarden finanziert werden können. Im Vergleich zum Vorjahr fehlen 600 Millionen Franken. Für Die SVP ist klar, dass diese Summe im Rahmen des Ausbaus der internationalen Hilfe einzusparen ist. Die Fraktion hat zudem den Grundsatzbeschluss gefällt, eine oder mehrere Volksinitiativen zu prüfen, welche die Landesverteidigung stärken und eine Aufblähung der Auslandhilfe verhindern.



von Nationalrat Guy Parmelin,
Bursins (VD)

Die Armee war immer eine einfache Zielscheibe der politischen Linken. Bereits in den 30er-Jahren verlangten sie die Abschaffung der Armee. Sie argumentierten damals mit dem Argument, auf der Welt bestünden nach dem ersten Weltkrieg keine entsprechenden Risiken mehr. Wie wir alle wissen, lernte uns die Geschichte etwas anderes. Das Jahr 1939 lieferte den Beweis der Notwendigkeit einer nationalen Verteidigung.

Auch heute nimmt die Linke die militärischen Institutionen ins Visier. Seit dem Fall der Berliner Mauer wurde das Budget der Armee um 20% reduziert; von 6 Milliarden Franken im Jahre 1990 auf 4.4 Milliarden Franken im Jahre 2011. Parallel dazu haben sich die Ausgaben für Soziales verdreifacht. 1990 beliefen sich diese Ausgaben auf 7 Milliarden Franken, 2011 waren es bereits 20.557 Milliarden Franken. Dazu kommen noch jene Beträge, die die Schweiz für die internationale Zusammenarbeit aufwendet. In den vergangenen 4 Jahren sind die

se von 1.886 Milliarden Franken auf 2.671 Milliarden Franken gestiegen, eine Erhöhung um stattliche 35%.

Es kann nicht bestritten werden, dass die Armee stets dazu beigetragen hat, die Staatsausgaben zu reduzieren. Weitere Einsparungen sind für die Armee jedoch nicht verkraftbar. Das Armeebudget braucht diesbezüglich eine Verschnaufpause. Um ihren verfassungsmässigen Auftrag erfüllen zu können, braucht die Armee genügend Mittel.

Am 29. September 2011 hat das Parlament der Armee einen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken jährlich zugesprochen. Dies ist – verglichen mit dem Budget 2011 – ein Anstieg von 600 Millionen Franken. Aufgrund der Schuldenbremse muss dieser Betrag kompensiert werden.

Die SVP ist an ihrer Fraktionssitzung vom 28. Februar 2012 eingehend auf diese Frage eingegangen. Dabei hat die SVP festgehalten, dass sie für eine Armee einsteht, die die ihr übertragenen Aufgaben auch erfüllen kann. In diesem Sinne unterstützt die SVP den Entscheid des Parla-

ments vom 29. September 2011. Die finanzielle Analyse der SVP ergab, dass für die internationale Zusammenarbeit Mehrausgaben von 600 Millionen Franken geplant sind. Für die SVP ist die Situation klar. Der Bundesrat muss diese Zusatzausgaben streichen, damit das jährliche Budget der Armee wie beschlossen auf 5 Milliarden Franken festgesetzt werden kann.

Die Schweiz muss im Stande sein, das Land und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Unsere Milizarmee funktioniert wie eine Versicherung. Man bezahlt die jährlichen Prämien im Wissen, nicht umgehend eine Leistung zu erhalten. Aber eines Tages zahlt sich die Versicherung aus. Nämlich dann, wenn das Schadensereignis eintritt. Die Armee ist unsere Versicherung. An jenem Tag, an dem wir sie brauchen – wie 1939 – haben wir sie.



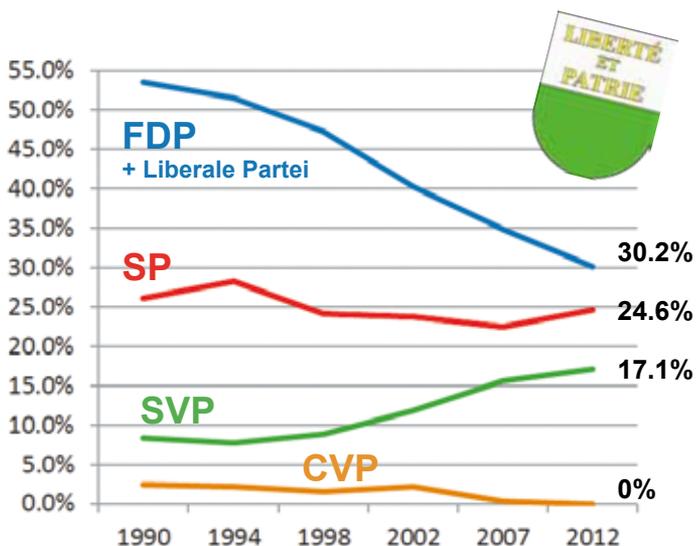
Eine glaubwürdige Armee braucht eine angemessene Finanzierung.

10 Resultate Kantonswahlen

Gemischte Bilanz bei den kantonalen Wahlen

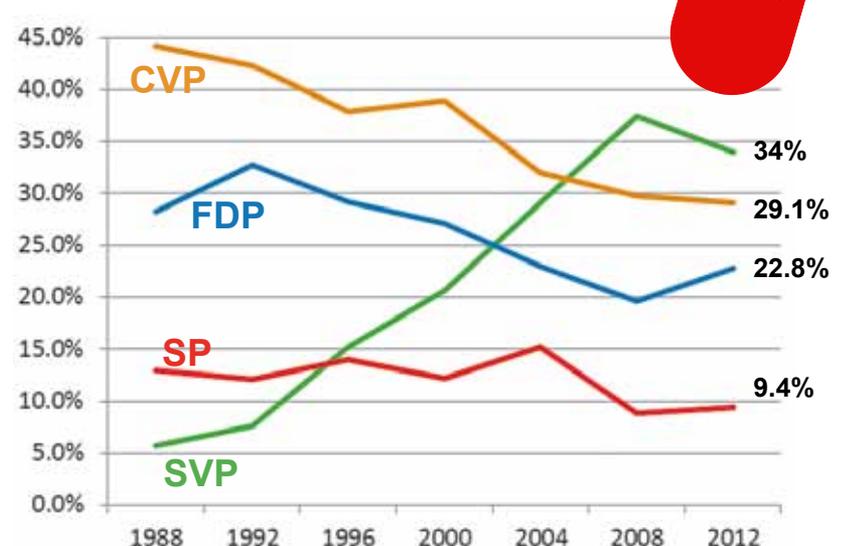
Die SVP schnitt am 11. März bei den zweiten kantonalen Wahlen seit dem Oktober 2011, wie erwartet, durchgezogen ab. In den Kantonsregierungen konnten durchwegs gute Resultate erzielt werden, mit Spitzenergebnissen in den Kantonen Schwyz und Thurgau. In Schwyz konnte gar ein dritter Sitz im Regierungsrat errungen werden. Im Kanton Uri konnte die SVP ihren im Jahr 2010 mit Beat Arnold erstmals errungenen Regierungssitz bestätigen. Bei den Parlamentswahlen entsprechen die Resultate in etwa den Erwartungen. Während im Kanton Waadt Wähleranteile und ein Sitz dazugewonnen werden konnten, waren Verluste in Schwyz, St. Gallen und Uri zu verzeichnen.

Entwicklung Parteistärke Kanton Waadt



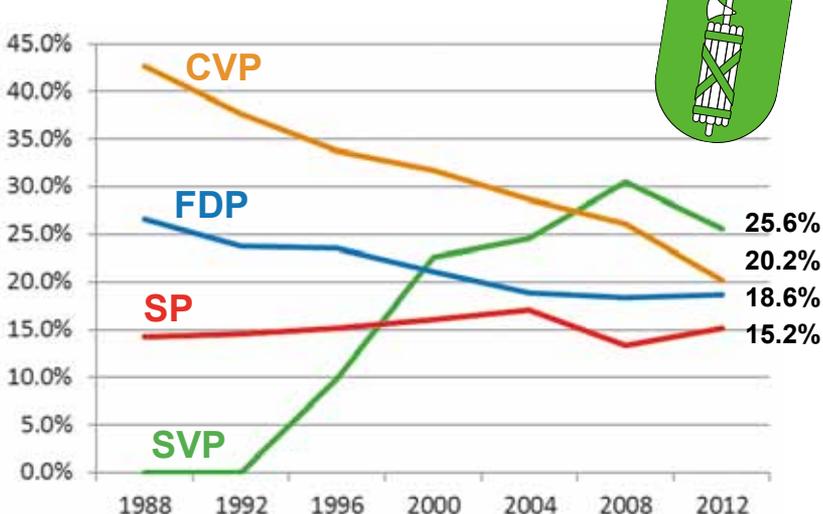
Die Fusion der FDP mit der Liberalen Partei im Kanton Waadt findet erst im zweiten Quartal 2012 statt. Sie verlieren aber, wenn man ihre Parteistärken von 2007 (34.9%) auf 2012 (30.2%) zusammenzählt -4.7%.

Entwicklung Parteistärke Kanton Schwyz



Die CVP verliert seit 1988 (44.2%) ununterbrochen Wähleranteile und hat heute noch 29.1%.

Entwicklung Parteistärke Kanton St. Gallen



Die CVP verliert auch im Kanton St. Gallen seit 1988 (42.7%) ununterbrochen Wähleranteile und hat heute noch 20.2%. Die SP erreicht mit 15.2% im Jahr 2012 das gleiche Ergebnis wie 1996.

Entwicklung Parteistärke Kanton Uri

Die Parteistärken werden erst seit 2008 berechnet: Die SVP hat neu 25.1% (2008: 30.4%), die CVP 37.4% (2008: 34.7%), die FDP 20.6% (2008: 17.0%) und die SP trat auf einer gemeinsamen Liste mit den Grünen an und hat insgesamt 16.3% der Stimmen erreicht. Die SVP Uri trat im Jahr 2000 zum ersten Mal zu den kantonalen Wahlen an.

Sicherheit für alle

Sicherheit und Freiheit – Ordnung und Verantwortung, so lautet eine der Hauptaussagen des Legislaturprogramms 2012 – 2016, mit welchem die SVP Thurgau in die Grossratswahlen 2012 steigt. Für die SVP Fraktion war das Thema Sicherheit in der zu Ende gehenden Legislatur ein Kernthema. Es wird auch nach den Grossratswahlen vom 15. April 2012 eines bleiben.



von Kantonsrat Marcel Schenker,
Homburg (TG)

Die SVP will Sicherheit für alle: Jedes Kind, jede Frau, jeder Mensch soll sich jederzeit sicher fühlen. Daran hat sich unsere Politik zu orientieren. Wo liegen denn konkret die Probleme? Welches sind die Lösungsansätze der SVP?

Gewaltbereitschaft und Vandalismus nehmen zu

Zwar wurden in den vergangenen Jahr in den meisten Kantonen insgesamt weniger Straftaten erfasst. Doch dieser erste positive Eindruck trägt. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung. Die Zahl der schweren Delikte, der Vermögensdelikte und der Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz nimmt weiter zu.

Die Kriminellen gehen immer härter vor. Vor allem die schwächeren Glieder unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber. Frauen und ältere Menschen getrauen sich nachts nicht mehr alleine auf die Strasse. Auch Gewalt und Vandalismus auf öffentlichen Plätzen und im öffentlichen Verkehr nehmen zu, es wird immer mehr gepöbeln, getreten und geschlagen.

Probleme endlich anpacken – Die SVP tut es

Es ist wichtig, dass das Problem endlich auf den Tisch gebracht wird. Missstän-

de dürfen nicht mehr länger unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit tabuisiert werden. Klar ist: Bei der Bekämpfung der Kriminalität gibt es keine Patentrezepte. Aber klar ist auch: Das Problem muss endlich angegangen werden. Von allen. Die SVP tut das. Ich will nachfolgend aufgrund des Legislaturprogramms der SVP Thurgau einige Lösungsansätze aufzeigen.

Einbürgerung: Integration zuerst

“Nur einbürgern, wer gut integriert und nicht kriminell ist, keine Schulden hat sowie gut deutsch spricht; Für Integration mit Sprachförderung unter Kostenbeteiligung der Betroffenen und der Wirtschaft”. So lauten Forderungen der SVP Thurgau im Legislaturprogramm 2012 – 2016.

Viele Zuwanderer bringen weder Sprachkenntnisse noch eine Berufsbildung mit. Sie müssen bereit sein, sich diese Kenntnisse zu erwerben. Im Zentrum der Integrationsbemühungen stehen deshalb die Sprachförderung, Bildung und Arbeit. Integration ist in erster Linie Sache des Ausländers selbst und nicht des Staates. Wer in die Schweiz zieht, tut dies weil hier freiheitliche Werte gelten und Rechtsstaatlichkeit herrscht. Und wer zu uns kommt, muss das auch akzeptieren. Die SVP kämpft daher für die Rechtssicherheit und gegen Rechtsmissbrauch im Ausländer- und im Asylwesen, beim freien Personenverkehr, usw.

Für eine starke Polizei

Die SVP setzt sich für eine starke Polizei ein, damit die Präsenz in der Öffentlichkeit im Kampf gegen Kriminali-

tät, Gewalt und Vandalismus sichergestellt werden kann.

Die SVP Fraktion hat sich in der laufenden Legislatur einstimmig für eine Erhöhung des Korps der Kantonspolizei Thurgau und grossmehrheitlich für ein neues Polizeigesetz eingesetzt.

So können mit regionalen polizeilichen Schwerpunktelementen regionale und lokale Brennpunkte und Veranstaltungen begleitet sowie gezielte Polizeiaktionen durchgeführt werden. Die Polizeikräfte können wieder vermehrt agieren, statt bloss reagieren. Ferner werden der kriminalpolizeiliche Ermittlungsdienst sowie der Fahndungsdienst gezielt verstärkt. Diese Anpassungen bei der Kriminalpolizei stellen nicht zuletzt auch einen Schritt zur Beschleunigung der Verfahrensdauer dar, ein weiteres Kernanliegen der SVP im Legislaturprogramm.



Taten statt Worte: Beispiele



Leider ist die Liste jener Geschäfte, bei welchen wir alleine für die Interessen der Schweiz gekämpft haben, wieder einmal länger als jene der Geschäfte, bei welchen wir von den Mitteparteien unterstützt wurden. Deren falsches Spiel, vor den Wahlen grosse Versprechen zu machen, aber diese im Parlament nicht zu halten, geht leider munter weiter. Dennoch ist es uns bei einigen wichtigen Fragen gelungen, eine Mehrheit zu erhalten und unsere Forderungen umzusetzen.

Das hat die SVP erreicht:

Keine Ferienreisen mehr für vorläufig Aufgenommene

Vorläufig Aufgenommene Asylanten mit F-Ausweis sollen nur noch in Ausnahmefällen ins Ausland reisen dürfen. Der Ständerat überwies als Zweitrat eine Motion von Nationalrätin Sylvia Flückiger (SVP/AG) mit 20 zu 17 Stimmen an den Bundesrat. Heute können vorläufig Aufgenommene fast uneingeschränkt ins Ausland reisen, oft sogar ins Heimatland, wo sie angeblich verfolgt werden und in welches man sie nicht zurückschicken könne.

Abschaffung der bedingten Geldstrafe

Das Parlament will bedingte Geldstrafen abschaffen und stattdessen kurze Freiheitsstrafen - bedingt und unbedingt - wieder einführen. Dies entspricht einer Forderung der SVP, welche schon seit längerem die Unwirksamkeit bedingter Geldstrafen anprangerte.



Verhandlungsstopp bei Agrarfreihandelsabkommen mit der EU

Der Ständerat hat verschiedene Motionen zum Agrarfreihandelsabkommen mit der EU behandelt. Dabei folgte er dem Nationalrat mit Annahme einer Motion, welche die Verhandlungen stoppen möchte, mit 26 zu 16 Stimmen.



Das haben wir den Mitteparteien zu verdanken:

Weiterführung der largen Asyl- und Ausländerpolitik

Entgegen anderslautenden Wahlversprechen lehnen es die Mitteparteien immer noch ab, die Ausländerpolitik wirkungsvoll zu verschärfen. Dies hat sich auch in dieser Session bei verschiedenen Vorstössen gezeigt:

1. Der Ständerat hat eine Motion von Oskar Freysinger (SVP/VS) für ein Vermummungs- inklusiv Burkaverbot stillschweigend abgelehnt. Der Nationalrat hatte die Motion angenommen.
2. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative von Lukas Reimann (SVP/SG) mit 130 zu 49 Stimmen abgelehnt, welche die Einwanderung über ein Punktesystem steuern wollte.
3. Weiter hat der Nationalrat eine parlamentarische Initiative von Sebastian Frehner (SVP/BS) mit 97 zu 73 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, die forderte, dass Asylbewerber, die mit Drogen gehandelt haben, vom Asylverfahren ausgeschlossen werden.
4. Der Ständerat will die Entwicklungshilfe nicht an die Kooperation der Empfangsländer bei der Rücknahme von Asylbewerbern koppeln.

Einschränkung der Volksinitiativen

Der Ständerat hat entgegen dem Willen der SVP eine Motion angenommen, wonach Volksinitiativen, die den Kerngehalt der Verfassung verletzen, vom Parlament künftig vermehrt für ungültig erklärt werden sollen. Hierfür sollen jeweils materielle Vorprüfungen durchgeführt werden.

Adoptionen durch Schwulen-Paare

Der Ständerat beschliesst, dass lesbische und schwule Paare Kinder ihres Partners adoptieren dürfen. Damit wird die Türe geöffnet für die bald vollständige freie Adoption durch gleichgeschlechtliche Partner. Für die SVP ist die von Bundes- und Ständerat betriebene Salami taktik unlauter. Im Zusammenhang mit der Abstimmung des Partnerschaftsgesetzes wurde den Gegnern immer wieder versichert, dass es keine Öffnung zur Adoption und medizinisch unterstützten Fortpflanzung geben werde.



NEU



Das neue Buch von Nationalrat Oskar Freysinger

Löwenzahn oder der alte Mann an der Suone

Eine Erzählung von Oskar Freysinger

Vitus Erb, frustriert und des Lebens müde, stolpert während eines Spaziergangs buchstäblich in eine Erkenntnis, die sein Leben fortan verändern sollte. Mitten in der «Sonne des Lebens» liegend, einem Löwenzahn, beschliesst Vitus Erb, dieses kraftvolle und strahlende Leben zukünftig auch seiner tristen Umgebung einzuhauchen. Und so verändert der «grüne Rebell» mit Schaufel und Hacke mehr, als es jeder spektakuläre Aktionismus je vermöchte... Eine zauberhafte Erzählung und ein wahrer Lesegenuss!

«Wer dieses Buch öffnet, entdeckt das Leben neu ... sein eigenes Leben.»

64 Seiten, gebunden, mit Schutzumschlag
Weltbild Verlag Olten
ISBN 978-3-03812-442-9 **Fr. 19.⁹⁰**



Die Vielseitigkeit in Freysingers literarischem Schaffen verblüfft und beeindruckt immer wieder.»
Alt-Bundesrätin Elisabeth Kopp

 **32 Weltbild-Filialen**
Das Einkaufserlebnis in Ihrer Nähe

 **weltbild.ch**
Über 3 Mio. Artikel

 **0848 810 810**
Wir sind Tag und Nacht für Sie da

Weltbild

NEU: airflow

Das Bett, das atmet.



Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

SIDLER AG SURSEE

Badstrasse 1
6210 Sursee
041 / 921 32 52

15% SVP Abholrabatt
Bequemer Nähen www.nähmöbel.ch
mit einem Näh-Möbel (Inserat=Gutschein)



Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT ODER IM FRANC-PARLER

Ganzseitiges Inserat gelesen von 70'000 Abonnenten für Fr. 5'000.-

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise: 11x/Jahr
Verantwortlich: Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Kevin Grangier - klartext@svp.ch
Fotos: Schweizer Armee - ZEM, Bundeskanzlei

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70'000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer **031 300 58 58** oder per E-Mail an klartext@svp.ch. Unsere Zeitung gibt es auch online auf www.svp.ch

Eine Lehre für Lehrer

Wegen der EU hat die Schweiz die bewährten Lehrerseminare aufgegeben. Statt an den Universitäten sollten künftige Lehrer besser im Schulzimmer ausgebildet werden.



von Nationalrat Peter Keller,
Hergiswil (NW)

Jeden Sommer neu wird der Lehrermangel ausgerufen. Zu wenige junge Leute würden sich für das Unterrichten begeistern, der pädagogische Beruf sei zu unattraktiv, die Belastung zu gross, der Lohn zu klein.

Die letzten Gründe werden vor allem von den Lehrerverbänden ins Feld geführt. Meiner Meinung nach treffen sie nicht den Kern. Die Misere ist vielmehr in der Reform der Lehrerausbildung zu suchen. Mit der Akademisierung der Ausbildung (Bologna-Reform) hat der Lehrerberuf vielleicht an Prestige, aber nicht wirklich an Qualität gewonnen.

Wer heute in der Primarschule unterrichten will, muss via Gymnasium eine pädagogische Hochschule besuchen. Die Ausbildung dauert länger, ist kopflastiger und zieht nicht selten die falschen Leute an. Das von einer

Bildungsgruppe erarbeitete SVP-Grundlagenpapier zur „Lehrerausbildung heute“ benennt die Fehlentwicklung:

„Die Vernachlässigung der Praxis-Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen bildet den Hauptgrund für das Versagen heutiger Lehrer-Ausbildung. Dies auch deshalb, weil sich das Studium an den Pädagogischen Hochschulen den zweifelhaften Ruf erworben hat, damit auf billigstem Weg zu einem akademischen Titel zu kommen. Wer seine Ausbildungs-Lehrgänge den Minimalisten öffnet, darf sich nicht wundern, wenn sein Institut in Misskredit gerät.“

Akademisierung bringt nichts

Die Akademisierung der Lehrerausbildung ist eine Folge der Bologna-Reform, bei der die Schweiz ihr ausgewiesenes Bildungssystem an der EU auszurichten begann. Durch den Zustrom (auch ausländischer) Studenten leidet das Niveau an unseren Universitäten.

Zusätzlich
w u r d e n
wegen Bo-
logna die

bewährten Lehrerseminare geopfert. Über 150 Jahre wurden auf diesem Weg unsere Primarlehrerinnen und Primarlehrer ausgebildet: praxisnah, mit musikischem Schwerpunkt und ohne akademischen Ballast, der ohnehin in der Ausübung des Berufes nicht gefragt ist. Ausserdem war – mit Ausnahme von wenigen Studienfächern – auch der Zugang zu den Universitäten gewährleistet.

Praxisnahe Ausbildung

Wie kommen wir aus der Sackgasse? Die Alternative zur Pädagogischen Hochschule heisst «Lehrer-Lehre»: Im Zentrum dieser Ausbildung steht das Erlernen des Handwerks «Schule geben». In der Lehrer-Lehre werden angehenden Lehrkräften Klassenführung, Stoffvermittlung und Bewährung im schulischen Umfeld – etwa gegenüber disziplinarischen Problemen – vermittelt.

Angehende Lehrer sollen je in ihren Schulhäusern während vier Wochentagen im Einsatz stehen. Dazu wird jedem angehenden Lehrer ein persönlicher Mentor aus dem Ausbilder-Team zugeteilt. Die Ausbildung der Neulehrer erfolgt an jeder Schule durch ein Team von berufserfahrenen Lehrern, die – selber weiterhin als Klassenlehrer tätig – die Verantwortung über die Ausbildung des Lehrer-Nachwuchses an ihrer Schule übernehmen.

Für das nötige theoretische Wissen können im Rahmen der Lehrer-Lehre Kurse an bestehenden Hochschulen oder Fachschulen eingerichtet und besucht werden. Die Pädagogischen Hochschulen werden durch diese praxisorientierte Form der Lehrer-Ausbildung überflüssig.



Volksschule: Praxisvorbereitung
für Lehrer und Schüler
**Öffentlicher Bildungs-
Sonderparteitag**

Alle sind herzlich willkommen am Samstag 24. März!

Melden Sie sich jetzt an: gs@svp.ch.

Erhalten Sie alle Information unter www.svp.ch und laden Sie unser **Positionspapier «Lehrer-Lehre»** herunter.



NEW SWIFT SPORT: FAHRSPASS PUR FÜR Fr. 23 990.-



metzgerlehner

Suzuki
Hit-
Leasing

New Swift Sport
bereits für Fr. 8.90 / Tag*



7 Airbags
(inkl. Knieairbag
Fahrer)

ESP
serien-
mässig

6-Gang
Sport-
getriebe

136PS,
160Nm,
8.2kg/PS

17"-
Sport-
Alufelgen

Euro NCAP
★★★★
★★



Die Sportpremiere des Jahres

Der New Swift Sport ist so kompakt, leicht und dynamisch, dass er mit seinem Leistungsgewicht von 8.2kg/PS maximalen Fahrspass vermittelt. Und sein sportlicher Preis von nur Fr. 23.990.- inkl. Komplett-Ausstattung begeistert. www.swift-sport.ch

Komplette Sport-Ausstattung

Sportkit (Sportfahrwerk, Dachspoiler, 4 Scheibenbremsen, Sportsitze), 17"-Sport-Alufelgen, Doppel-Auspuffendrohre, manuelles 6-Gang-Getriebe, 7 Airbags (inkl. Knieairbag Fahrer), ESP, ABS mit elektronischer Bremskraftverteilung, Seitenaufprallschutz, 195/45 R17 Sportreifen, Bi-Xenon-Scheinwerfer, Nebelscheinwerfer, Klimaautomatik, Zentralverriegelung mit Fernbedienung Keyless Entry/Start, Engine-Start-Stopp-Knopf, Radio/CD/MP3 mit USB-Anschluss und 6 Lautsprechern, elektrische Fensterheber vorne, Sitzheizung vorne, Tagesfahrlicht, Lederlenkrad mit Bedientasten für Audiosystem und Tempomat, Parkensoren hinten, Metalliclackierung.

Suzuki fahren, Treibstoff sparen.

New Swift 1.6 Sport, 3-türig, Fr. 23.990.-, Treibstoff-Normverbrauch gesamt: 6.4l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO₂-Emission gesamt: 147g/km; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: 159g/km.

*Leasingkonditionen: New Swift 1.6 Sport, 3-türig, Fr. 23.990.-, Sonderzahlung 15% vom Nettokaufpreis, monatliche Leasinggebühr Fr. 267.45, Laufzeit 48 Monate, 10.000 km/Jahr, Kautions: 5% vom Nettokaufpreis, mind. Fr. 1.000.-, effektiver Jahreszins 4.59%. Vollkaskoversicherung obligatorisch. Eine Leasingvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlungen, inkl. MwSt.**

Die kompakte Nr. 1



www.suzuki.ch